

Klemens Joos ist Gründer von Eutop, der nach eigener Aussage größten inhabergeführten Governmental-Relations-Agentur in der EU. Er war Anfang der 90er einer der ersten, der Unternehmen geholfen hat, ihre Anliegen in der Europäischen Union unterzubringen.

LARS PETERSEN

Inzwischen ist er auch Professor für Betriebswirtschaftslehre, speziell Political Stakeholder Management an der TU München, und gilt als absoluter Kenner Brüssels. Ein Gespräch über das Zentrum der EU und die Frage, warum viele Bürger den Wert Europas erst erkennen, wenn es unter Druck gerät.

WELT: Sie beobachten die EU seit den frühen Neunzigerjahren, als Sie Eutop gegründet haben. Ist Europa in der Zeit bis heute handlungsfähiger geworden oder nur komplexer?

KLEMENS JOOS: Beides stimmt. Was die rechtliche Grundlage der EU angeht, ist diese deutlich handlungsfähiger geworden. Der Maastricht-Vertrag war 1993 der Urknall der politischen Europäischen Union. Und der Vertrag von Lissabon 2009 war verfassungsrechtlich de facto die Geburtsstunde der Vereinigten Staaten von Europa. Viele haben bis heute nicht verstanden, wie weit diese Integration der EU geht.

WELT: Und? Wie weit?

JOOS: Sehr weit, auch wenn es zwei Anläufe dazu brauchte und der erste Versuch am Willen des Volkes scheiterte. Denn der Vertrag von Lissabon, der diesen massiven Integrationsschub bewirkt hat, entspricht zu etwa 90 Prozent dem ursprünglichen Verfassungsvertrag, der am 29. Oktober 2004 in Rom zwar unterzeichnet wurde, aber 2005 an Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden scheiterte und deshalb nie in Kraft trat. Danach hat man gewissermaßen Lametta, Kerzen und Kugeln vom Weihnachtsbaum genommen, aber denselben Baum wieder genutzt und ein nur leicht modifiziertes Vertragswerk wenige Jahre später zur Abstimmung gestellt. Ratifiziert wurde der Vertrag dann noch während der Finanzkrise mit der Lehman-Pleite, die andere Themen wie eben die EU-Vertiefung überlagerte. Ich bin überzeugt: Wenn alle mitgliedstaatlichen Entscheider und Bürger damals verstanden hätten, was sie da beschließen, wäre es wohl nicht durchgegangen. Gut, dass es anders gekommen ist.

WELT: Wo zeigt sich die Handlungsfähigkeit der EU konkret?

JOOS: Am 1. Dezember 2009 sind mit dem Vertrag von Lissabon einige für die Souveränität der Mitgliedstaaten bis dahin als zentral bewertete politische Felder – etwa Innen, Justiz, Agrar und Außenhandel – von der Einstimmigkeit in die qualifizierte Mehrheit im Rat der EU überführt worden. Damit wurde das Vetorecht der Mitgliedstaaten in diesen Politikfeldern abgeschafft und durch das Prinzip der qualifizierten Mehrheit ersetzt. Seither wird deutlich mehr auf EU-Ebene entschieden und damit die Kompetenz dieser Ebene nachhaltig gestärkt. Außerdem ist das Europäische



Klemens Joos gehört eine Beratungsfirma und er ist Professor an der TU München

NADINE STEGEMANN/SHUTTERSTOCK.COM; ADMINISTRATION/EUTOP GROUP/PICTURE ALLIANCE

„Trump ist für die EU der größte Glücksfall“

Oft wirkt Europa langsam und entscheidungsschwach. Doch die Union ist viel besser als ihr Ruf, sagt Berater und EU-Experte Klemens Joos

Parlament seit 2009 fast überall gleichberechtigter Entscheider. Dadurch sind nicht mehr die Vertreter der Mitgliedstaaten – also die Staats- und Regierungschefs – sowie die EU-Kommission in zentralen Politikfeldern allein entscheidend, sondern alle drei Institutionen. Die Folge dieser Vergemeinschaftung: Eine nach außen wesentlich handlungsfähigere EU, die mit Ausnahme der Außen- und Sicherheitspolitik nicht mehr von der Zustimmung jedes einzelnen Mitgliedstaates abhängig ist.

WELT: Warum ist die EU dann zugleich komplexer geworden?

JOOS: Seit dem Vertrag von Lissabon haben wir es mit komplexen und schwer durchschaubaren Mehrebenen-Entscheidungsprozessen zwischen der EU-Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Rat der EU zu tun. Nur wenn diese drei Ebenen zusammenwirken, sind Entscheidungen möglich. Dazu ein paar anschauliche Zahlen: Die EU-Kommission besteht aktuell aus der Präsidentin, sechs Vizepräsidenten und 20 Kommissaren. Hinzu kommen 32.000 Beamte, die eigentlichen Eurokraten. Das Europäische Parlament zählt 720 Abgeordnete mit etwa 8000 Mitarbeitern. Dem Rat der EU gehören Hunderte Fachminister aller 27 Mitgliedstaaten an, mehr als 2500 Mitarbeiter des Generalsekretariats unterstützen sie. Und nicht zu vergessen die 27 Staats- und

Regierungschefs mit ihren Regierungszentralen.

WELT: Und was ist die Konsequenz daraus?

JOOS: Es ist ein System der „Entscheidungen ohne Entscheider“ in dem Sinne entstanden, dass häufig niemand mehr von außen nachvollziehen kann, wer welche Entscheidungen getroffen hat. Dies ist meiner Überzeugung nach der tiefere Grund für die mannigfaltigen Gefühle der Entfremdung und der Ohnmacht, die viele Bürger, die Wirtschaft und in Teilen auch die Politik selbst verspüren und die von Populisten rechts wie links ausgenutzt werden. Hinzu kommt: Im Europäischen Parlament gibt es keine Regierungs- und Oppositionsfractionen. Die EU-Kommission muss sich für jede Entscheidung im Europäischen Parlament eine Mehrheit besorgen, befindet sich also in einer ähnlichen Situation wie eine Minderheitsregierung im Bundestag.

WELT: Sie sagen also: Die EU ist stärker geworden, aber das Regieren wird mühsamer?

JOOS: So ist es. Nach außen ist die EU handlungsfähig, weil sie mit dem Vertrag von Lissabon neue Kompetenzen gewonnen hat. Nach innen aber stieg die Komplexität bis zu dem Punkt an, dass Entscheidungsprozesse im Rahmen des Ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens zu unberechenbaren Ergebnissen

führen. Deshalb wurde von den EU-Institutionen der „informelle Trilog“ installiert. Er ist heute DAS wichtigste Entscheidungsgremium der EU. Vertreter von EU-Kommission, Europäischem Parlament und Rat der EU treffen sich dort zu informellen Gesprächen, um zu einem möglichst frühen Zeitpunkt tragfähige Kompromisslinien zu allen anstehenden Entscheidungen zu definieren. Der Erfolg ist beeindruckend: Knapp 90 Prozent aller Rechtsakte im Ordentlichen Gesetzgebungsverfahren werden bereits nach der ersten Lesung verabschiedet und sind mit Veröffentlichung im Gesetzesblatt rechtskräftig. Doch der Trilog, der im Vertrag von Lissabon nicht einmal erwähnt wird, ist aufgrund der Vertraulichkeit der Beratungen eine Black Box, die die Entscheidungsprozesse nicht transparenter macht – im Gegenteil. Wer die EU verstehen will, muss diese Praxis prozessual durchdringen.

WELT: Was fasziniert Sie an der EU?

JOOS: Europa ist eine politische Friedens- und eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte, die bis heute eine große Anziehungskraft auf andere Staaten ausübt. Und bei aller berechtigten Kritik im Detail sollten wir nicht vergessen: Die Vereinigten Staaten von Amerika haben nach der Unabhängigkeitserklärung 1776 einen Bürgerkrieg und knapp 100 Jahre gebraucht, bis der Einigungsprozess abgeschlossen war. Der Verfas-

sungsvertrag von Lissabon liegt gerade einmal 16 Jahre zurück. Und in der EU wird nicht aufeinander geschossen. Das allein ist ein hohes Gut.

WELT: Sind wir also zu ungeduldig mit Europa?

JOOS: Ja, und diese Ungeduld speist sich bisweilen auch aus Unwissenheit. Wir haben zwar gelernt, dass Demokratie anstrengend und Kompromissfindung mühsam ist. Und doch nimmt der Anteil derer, die eine Couch-Potato-Mentalität haben, zu: Wenn etwas nicht sofort funktioniert, schalten sie um. Aber Erfolg und auch die Wahrung des Erfolges sind anstrengend – das gilt im Unternehmen, im Verein und eben auch in der Politik.

WELT: Sie sprechen sogar von einer Renaissance der EU. Warum?

JOOS: Weil die EU uns schützt: Sie schützt uns vor internen militärischen Konflikten, gegenüber externen Aggressoren und vor Handelskriegen. Sie gibt uns die notwendige Größe, um in einer neoregionalisierten Welt, die sich nach dem Ende des Zeitalters der Globalisierung zunehmend in gegeneinander agierende Blöcke aufteilt, von Bedeutung zu sein. Im EU-Binnenmarkt leben 451 Millionen Verbraucher, mehr als in den USA. Und mit Frankreich ist eine Nuklearmacht Mitglied der EU. Nur die EU ist in der Lage, sich neben den USA und China als dritter Pfeiler der neuen Weltordnung zu etablieren.

WELT: Welche Reformen wären nötig, um die EU noch handlungsfähiger zu machen?

JOOS: Erstens: Das Initiativrecht für neue Rechtsakte, das bislang allein bei der EU-Kommission liegt, muss auf den Rat der EU und das Europäische Parlament ausgeweitet werden, damit der Flaschenhals EU-Kommission verschwindet. Zweitens: Die EU-Kommission sollte aus einer parlamentarischen Mehrheit hervorgehen und von dieser Mehrheit getragen werden und nicht wie eine nationale Minderheitsregierung für jeden Rechtsakt neue Mehrheiten suchen müssen. Der informelle Trilog als „Notkonstruktion“ darf nicht auf Dauer der zentrale Ort der Einigung bleiben, denn die EU braucht mehr Transparenz, mehr Verantwortlichkeit und mehr politische Klarheit. Drittens: keine Einstimmigkeit mehr in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

WELT: Wie realistisch ist das?

JOOS: Ich bin davon überzeugt: Spätestens beim nächsten Beitritt eines neuen Mitgliedstaats entsteht der dafür notwendige Prozess, weil für diesen Beitritt dann Einstimmigkeit nötig ist. Zugleich ist es damit möglich, größere Pakete zu schnüren. Früher hätte ich gesagt: Bis zu diesem Tag dauert es bis zu zwanzig Jahre. Heute glaube ich: Das kann schon innerhalb der nächsten fünf Jahre passieren. Denn durch Donald Trump kommt eine neue Dynamik und in Krisenzeiten ebenso zusätzliche Hektik in die Zukunftsgestaltung der EU. In diesem Sinn ist Trump für die EU der größte Glücksfall: Ohne ihn würden viele nicht verstehen, wie froh wir sein können, dass es die Europäische Union gibt. Und wie wichtig es ist, sie weiterzuentwickeln.